

Verhandlungen der Saskatchewan Legislatur.

Donnerstag den 14. Januar.

Hon. J. A. Calder, Eisenbahnminister, erklärte die Regierung die Resolutionen der Provinz, kündigte an, daß er am nächsten Montag eine Resolution betr. Garantierung von Eisenbahn-Schuldscheinen einbringen werde. Eine Resolution bewirkt die Garantierung gewisser Schuldscheine der Canadian Northern Eisenbahn-Gesellschaft, und die andere der Grand Trunk Zweigbahn-Gesellschaft.

Auf Anfrage von Hon. Maple Creek (kont.), erklärte der Premierminister, daß die Regierung bis jetzt 31 Applikationen für Staatsschulden für das laufende Jahr erhalten hätte. Er sagte, er glaube, daß die Dominion-Regierung es ebenso halten werde wie früher und solchen, die wirklich in Not seien, helfen würde.

Der Abgeordnete Anderson, von Mount Pleasant (kont.), wollte Näheres wissen über die Verbesserung der Ländereien der Saskatchewan und Western Land Co. Premier Scott erklärte, daß die von liberalen Sprechern gelegentlich der letzten Wahl getanen Äußerungen, daß die Regierung Schritte eingeleitet habe, um ausfinden, ob diese Ländereien befruchtbar seien oder nicht, völlig der Wahrheit entsprechen. Die Regierung habe vor längerer Zeit Instruktionen erteilt, in dieser Sache entscheidende Schritte zu unternehmen. Darauf erklärte er kurz die Geschichte dieser Ländereien, die vor 18 Jahren der Canadian Northern Railway Co. gegeben worden seien.

Die von General-Anwalt eingebrachte Resolution, daß Klubs, die berauschende Getränke an ihre Mitglieder verabreichen können, jährlich 250 Dollars als Lizenzgebühr zu zahlen hätten, wurde einstimmig zu Gesetz erhoben.

Herr Maple Creek (kont.), erklärte die Summe für viel zu hoch. Er sagte, es würden sich nicht viele Klubs in der Provinz bilden und es sei ja auch vielleicht die Absicht der Regierung, lieber gar keine Klubs zu dulden. Seine Meinung sei, Klubs sollten die Privilegien haben, Alkohol an ihre Mitglieder zu verabreichen, solange die Klubs ordentlich und öffentlich geführt würden. Die Klubs sollten in weiter keine berauschende Getränke an ihre Mitglieder verkaufen. Man solle sie darum nicht mit einer so hohen Steuer belasten.

Ohne weitere Bemerkungen aber wurde das Amendement angenommen.

Ein zweites vom General-Anwalt eingebrachtes und ohne weiteres angenommenes Amendement zum Schankgesetz bestimmt, daß dort, wo eine Person einen Alkohol in der Hand hat, von einem anderen nur auf das Recht eines Arztes oder Tierarztes hin Alkohol verkauft werden darf.

Darauf beantragte der General-Anwalt die zweite Lesung der Bill betr. die Sicherstellung der Löhne der Dreiarbeiter. Die Bill will einen Lohn abschaffen, demzufolge es möglich und auch bereits gegeben ist, daß Arbeiter an Dreiarbeitsmaschinen ihre Löhne verlieren. Die Dreiarbeitsmaschinen-Gesellschaften nehmen nämlich eine sog. Kien auf die Maschine von den Bauern. Diese Kien geht allen Arbeitern verloren, die an diesen Maschinen arbeiten. Wenn jemand nun der Gesellschaft nicht bezahlen kann, so legt die Maschine auf alles von der Maschine verdiente Geld und der Arbeiter hat das Nachsehen. Die Bill bestimmt nun, daß die Dreiarbeitsmaschinen über alle anderen Ansprüche haben, dadurch wird es in Zukunft unmöglich gemacht, daß Dreiarbeiter, die huer genug verdienen, Geldchen verlieren.

Herr Hamilton, der Führer der Opposition, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß der General-Anwalt diese nötige und fortgeschrittene Maßregel eingebracht habe. Es sei eine sehr schwierige, aber außerordentlich wichtige Sache und er sei im großen Ganzen mit der Maßnahme einverstanden.

Das Haus beriet darauf wieder als Ganzes Komitee die Vorlage zur Schaffung ländlicher Municipalitäten. Die Klausel, die bestimmte, daß, falls die die Steuern bis zu einer bestimmten Zeit zahlen, einen Rabatt bekommen, wurde getrennt. Man erklärte sich dahin, daß es richtiger sei, eine Strafe in Gestalt eines Aufschlags für solche festzusetzen, die bis zu einer bestimmten Zeit ihre Steuern nicht bezahlen.

Hon. J. A. Calder legte eine Bericht über die Frage-Versicherung der Regierung auf den Tisch des Hauses. Dieser Bericht zeigt für das Jahr 1908 das riesige Defizit von \$130,855. Die ausgeübten Ansprüche beliefen sich auf \$246,316. Dazu kommen noch 12,500 Dollars, die noch zu zahlen sind. Das macht im Ganzen 258,816 Dollars. Der von den Versicherten eingezahlte Betrag belief sich auf 145,631 Dollars, also ein Defizit von 113,184 Dollars. Dazu kommen die Ausgaben für Administration, Inspektion-Gebühren u. s. w., die sich auf 17,671 Dollars belaufen, wodurch ein Total-Defizit von 130,855 Dollars entsteht. Es wurden 6049 Kontrakte gemacht, wodurch ungefähr 6400 Personen versichert wurden oder ungefähr 850,000 Acker. Es wurden Schadenerlöse bezahlt auf 1250 Personen. Dazu kommen 124,000 noch Schadenerlöse-Ansprüche zu zahlen sind.

Freitag den 15. Januar.

Hon. J. A. Calder brachte gelegentlich der heutigen Sitzung die Resolutionen zwecks Garantierung der Schuldscheine der C. N. A. und G. T. & P. Grand-Trunk Co. ein. Die beiden Resolutionen sind wesentlich gleich und sehen die Regierungs-Garantie des Kapitals und der Zinsen der Bahngesellschaften für Zweiglinien in Saskatchewan vor. Die zu garantierende Summe beläuft sich auf 13,000 Dollars pro Meile, was noch in außerordentlichen Fällen 2000 Dollars extra kommen. Die Schuldscheine tragen 4 Prozent Zinsen, die halbjährlich zahlbar sind und das ursprüngliche Kapital ist nach 13 Jahren zu zahlen. Die Regierung erhält eine erste Hypothek (Mortgage) auf die betreffenden Linien der Eisenbahn sowie auf alles rollende Material, sowie auf alle Einnahmen der betreffenden Zweiglinien.

Auf Anfrage des Abg. Wellington, Moore von City (kont.), ob die Regierung die Jahr eine Revision für die Konstruktion einer Verkehrsbrücke über den Saskatchewan bei oder nahe Outlook zu machen gedenke, erwiderte Premier Scott: „Wir haben die Sache unter Beratung.“

Herr McLab von Saskatoon City, Municipal-Kommissar, brachte eine Bill ein zur Amendierung des Beauftragungs-Gesetzes, die ihre erste Lesung erhielt.

Darauf erfolgte die dritte Lesung der Bill zur Amendierung des Schankgesetzes. Der Abg. Tate, Regina County (kont.), erklärte sich gegen die Bill, da sie in seinen Augen einen Rückschritt bedeute. Das in der letzten Legislatur passierte Gesetz sei der Mehrheit des Hauses genehm gewesen. Damals hätte das Haus sich für die Abschaffung der Rechte der „Vino-Verste“ erklärt. Jetzt aber scheine man einen Schritt zurückzugehen. Man solle bedenken, daß alle Arbeitervereinigungen für Kürzung der Arbeitsstunden seien. Durch diese Bill aber gehe die Regierung rückwärts und verlängere die Stunden anstatt sie zu verkürzen. Auch mache die Bill ungerechtfertigterweise einen Unterschied zwischen Cities und Towns (großen und kleinen Städten). Er sage das alles frei und offen. Ohne Rücksicht auf die Folgen für die Partei, zu der er gehöre. Es sei seine vollkommene Überzeugung und er spreche es aus, auch wenn es ihm seine Stellung als Abgeordneter kosten sollte. Er wolle kein neues Amendement einbringen. Aber er hoffe, daß auch andere Abgeordnete sich gegen das Amendement erklären würden. Ob das aber gelte oder nicht, er habe es für seine Pflicht, gegen das rückwärtliche Amendement zu sprechen.

Damit erklärte der konservative Parteiführer, daß das Amendement von reinem Wasser sei. Das möge sich auch andere, deutschen Freunde merken, die dann beizutragen haben. Herrn Tate in die Legislatur zu wählen. Sie haben, vielleicht gegen ihr Wissen, für einen Temperenzler gewählt.

Herr Bradham, Prince Albert City (kont.), erklärte sich völlig mit den Bemerkungen Tates einverstanden. In einer längeren Rede wies er auf die Nachteile hin, die das Amendement aus und sagte, es sei ein Schritt in der verkehrten Richtung.

Der Abg. Johnston, Minotown (f.), meinte, er finde es ganz eigentümlich, daß die Regierung so kurz vor den Wahlen ein fortgeschrittenes, temperenzfreundliches Gesetz erlassen habe, das sie bereits in der ersten Sitzung nach der Wahl selbst zurückgezogen.

Herr Smith, Moose Mountain (f.), sagte, er sei sehr überrascht, daß die Regierung jetzt erst ihre Absichten an den Wahlen offenbare. Man hätte sie früher, bereits bei der zweiten Lesung der Bill, kommen sollen. Die Hauptklage sei doch, daß die Provinz ein Local Option Gesetz habe. Das sei vom Standpunkt der Temperenzler doch ganz gemäß die Hauptklage. Er möchte wissen, was die Opposition getan habe, um das Volk in die Richtung auf diese Bestimmungen des Gesetzes aufzuklären. Sie hätten das Volk doch bewegen, Local Option einzuführen. Denn das Recht habe das Volk voll und ganz durch das neue Gesetz erhalten. Wenn man die Temperenz-Gesetzgebung Saskatchewan vergliche, so werde man finden, daß Saskatchewan's Gesetz das beste sei. Die Regierung habe es nötig gefunden, einige Änderungen zu machen. Wenn aber Herr Bradham und seine Genossen ihren Einfluss in ihren Wohnorten ausüben würden, so könnten sie so Prohibition einführen. Man würde das Volk aber nicht durch Gesetzgebung möglich im Trinken werden. Dazu müßte ein Volk erzogen werden.

Herr Gillis, Pipestone (kont.), sprach aus in klaren Ausdrücken gegen das Amendement. Es scheine ihm, so sagte er, daß die Regierung einen geheimen Pakt mit den „Vino-Verste“ gemacht habe, als sie das Schankgesetz im letzten Jahr eingebracht.

Bei dieser Bemerkung erhob sich Premier Scott und erklärte empfindlich, daß ein solcher Pakt nicht eingegangen worden sei. Es seien keinerlei Abmachungen, direkt oder indirekt, gemacht oder offen vor dem Volk angekündigt worden.

Herr Gillis erklärte, er habe nur gesagt, daß ihm die Sache so aussehe, als sei ein Pakt gemacht worden. Er wüßte sehr wohl, daß das Benehmen des Ministers für Landwirtschaft Hon. B. A. Motherwell, in der letzten Session habe er mit Händen und Füßen für Temperenzgesetzgebung gesprochen.

Er erklärte dann, daß, wenn man an einem Ort eine Verlängerung gewähre, man diese auch an allen Orten gewähren müsse. Das sei nichts weiter als gerecht und billig. Eine Stadt habe ebenfalls und ebenbürtig Rechte wie die andere. Er selbst wolle keine Temperenzrede halten und er glaube, ein gutes Votum-Zytem sei das allerbeste. Das Vorgehen der Regierung sei ihm unbegreiflich und sehr sonderbar aus.

Hon. B. A. Motherwell meinte, warum die Opposition sich in Angelegenheiten ergebe. Wenn sie nicht zufrieden sei, solle sie doch ein anderes Amendement vorbringen. Was das Temperenz-Gesetz angehe, so wolle er den Abgeordneten von Regina County (Tate) fragen, ob Stadt und Land gleich behandelt werden sollten. Wollten und sollten alle gleich behandelt werden, so sollte die Regierung die Rechte und die Rechte der Städte und Towns (großen und kleinen Städten) anerkennen. So sei leicht, darüber zu schwärzen, daß alle ganz gleich behandelt werden sollten. Jeder aber wüßte, daß Bedingungen und Verhältnisse allenthalben sehr verschieden seien.

Er ging dann darauf über, die Amendments einzeln nach dem anderen zu betrachten. Was die Klubs anbetraf, so habe der Premierminister schon bei der letzten Sitzung ein dageschicktes Vorhaben gegeben. Was die Bestimmungen über Weinhandeln, Kartenspiel und Danzsaalangelegenheiten anbetraf, so wolle er nur darauf hinweisen, daß er selbst in der letzten Sitzung dagegen gewesen sei, daß bei Wahlzeiten an Sonntagen alkoholische Getränke verabreicht werden dürften. Er wolle auch die Regierung aber nicht jenseitigen Feiertage nicht für heiliger als die Sonntage.

Was die Verlängerung der Schankstunden in Cities anbetraf, so sage darin ja schonbar ein Rückschritt. Aber er wolle auf ganz andere Dinge, nämlich des Schankgesetzes, hinweisen. Das Gesetz verbiete, daß an Klubs, wo kein Hotel sei, Alkohol in Apotheken verkauft werden könne. Dieses eine Amendement wüßte die Verlängerung um eine halbe Stunde in Cities bei weitem auf. Zum Schluß wies er darauf hin, daß die Local Option Bestimmungen die Hauptklage seien. Und diese Bestimmungen seien nicht im geringsten abgeändert worden.

Der Abg. Whitmore, Milestone (kont.), hielt seine erste Rede in der Legislatur. Und diese Rede zeigte sofort, daß auch ein Temperenzler und Wassertrinker ist. Das sollten sich die Deutschen im Wahlkreis Milestone merken.

Herr Whitmore sagte ungefähr, daß man den Städten insofern besondere Konzeptionen gegeben habe, als sie an Weinhandeln, Kartenspiel und an Danzsaalangelegenheiten Alkoholika bei den Wahlzeiten verabreichen dürften. Cities hätten noch die Extra-Bewilligung einer halben Stunde pro Tag erhalten. Die Folge werde sein, daß auch die kleineren Städte (Towns) um diese Vergünstigung einkommen würden. Und es würde ein großer Fehler sein, wenn man auch den Towns noch die halbe Stunde von 10 bis 11 1/2 gewähren würde.

Darauf erhob sich Premierminister Scott zum Schlußwort.

Er führte ungefähr aus, daß das im letzten Jahr angenommene Schankgesetz das wichtige Local Option Prinzip enthalte. Dieser für die Temperenzler wichtige Grundgedanke werde durch die vorliegenden Amendments nicht im geringsten berührt. Man solle das letztjährige Gesetz und die neuen Amendments als ein einheitliches Gesetz ansehen und als solches beurteilen. Sie hätten ein drohtliches Schankgesetz kurz vor den Wahlen angenommen und damit sich klar und deutlich erklärt, daß sie den Einfluss der im Schankgesetz Interessierten durchaus nicht fürchteten.

Gerade ist billig — aber Taten zählen. Die Opposition hätte sich mit dem Gesetz begnügt, während sie nicht den Mut gehabt hätte, auch nur ein Amendement vorzubringen.

Hon. Maple Creek (kont.), sagte, der Landwirtschafts-Minister hätte sowohl seine Temperenz-Ideen auch seinen Wahlkreis gewechselt. Die Amendments seien entschieden ein Schritt nach rückwärts. Er protestiere gegen den unheimlichen Unterschied, besonders da in seinem Wahlkreis keine Cities vorhanden seien. Auch sei es prinzipiell dagegen, daß die Regulierungen über Klubs aus den Händen der Gesetzgeber genommen und dem General-Anwalt übergeben würden.

Damit endigte die Debatte über die Amendments zum Schankgesetz und wurde damit angenommen.

Und wenn man sich die ganzen Reden über die kleinen Änderungen ansieht, so kann man nur ein Urteil fällen. Und dieses lautet: „Viel Wasser um Nichts.“

Vor der dritten Lesung der Bill zur Amendierung des Land Titels Act brachte Gillis, Pipestone (kont.), ein Amendement ein, dahin lautend, daß alle Kaufleute zu streichen seien, die den Verkauf von Ländereien wegen nicht gezahlter Mortgage-Gelder aus den Händen des Gerichts nehmen und den Land-Registratoren und Inspektoren übergeben. Es kam zur Abstimmung und stimmten 25 gegen das Amendement und 15 dafür.

Herr Anglen (f.), der sich schon früher stark gegen die Bill ausgesprochen hatte, stimmte mit der Opposition.

Der dritte Lesung der Bill zur Amendierung des Land Titels Act brachte Gillis, Pipestone (kont.), ein Amendement ein, dahin lautend, daß alle Kaufleute zu streichen seien, die den Verkauf von Ländereien wegen nicht gezahlter Mortgage-Gelder aus den Händen des Gerichts nehmen und den Land-Registratoren und Inspektoren übergeben. Es kam zur Abstimmung und stimmten 25 gegen das Amendement und 15 dafür.

Herr Anglen (f.), der sich schon früher stark gegen die Bill ausgesprochen hatte, stimmte mit der Opposition.

Die Bill ging also durch. Wie wir schon in letzter Ausgabe sagten, ist die Bill viel schwerwiegender, als man auf den ersten Blick glauben sollte. In Zukunft wird es für Verheiratheten haben, viel leichter sein, diese Ländereien wegen Nichtzahlung der Bedingungen zu verkaufen. Unsere Farmer sollten daher in Zukunft bei Aufnahme von Hypotheken (Mortgages) noch vorsichtiger sein wie früher.

Hon. B. A. Motherwell beantragte darauf die zweite Lesung der „Veterinär Profession Bill“. Er sagte, Zweck der Vorlage sei die Incorporation der „Veterinär Profession“ in Saskatchewan. Sobald die Universität Saskatchewan erst eingerichtet sei, werde leichter diesem Institut unterstellt werden.

Darauf trat das Haus wieder in die Beratungen über die Municipal-Bill ein, die nun bald soweit ist, daß ihre dritte Lesung vorgenommen werden kann.

Montag den 18. Januar.

Am Montag erklärte der temporäre Eisenbahnminister Hon. J. A. Calder die Eisenbahn-Politik der Regierung und berichteten wir schon in der letzten Ausgabe (Seite 1) darüber. Wir wiederholen hier nur kurz, daß die Regierung die Schuldscheine der C. N. A. für eine ganze Reihe Zweigbahnen und ebenso die der Grand Trunk Zweiglinien Co. bis zum Betrag von 13,000 Dollars pro Meile garantiert. Durch diese Politik der Regierung wird der Provinz bis Ende 1911 die Konstruktion folgender Zweigbahnen garantiert, die alles in allem ungefähr 600 Meilen lang sind:

Grand Trunk Linie.

1. Eine Linie von der Grand Trunk Pacific Hauptstrecke nach Porton, 40 Meilen lang.

2. Eine Linie von der Hauptlinie der C. N. A. nach Battleford, 45 Meilen lang.

3. Eine Linie von der C. N. A. da wo die Linie nach Porton abbiegt, in südwestlicher Richtung nach Regina, jedoch Regina eine direkte Linie nach Porton haben wird. Diese Linie ist ungefähr 110 Meilen lang.

Dies seien die zu unternehmenden Linien der Grand Trunk Zweigbahn-Gesellschaft. Im Ganzen 200 Meilen.

C. N. A. Linien.

Was die Zweiglinien der C. N. A. anbetraf, so würden 400 Meilen unterfertigt werden. Es sind folgende einzelne Zweiglinien:

1. Eine Linie von Craven in nordwestlicher Richtung westlich vom Lake Mountain nach einem Punkt an der Prince Albert Linie zwischen Adams Ferry und Brancepeth.

2. Eine Linie von einem Punkt an der Lake Mountain Linie zwischen Adams Ferry und Brancepeth nach einem Punkt an der Lake Mountain Linie zwischen Adams Ferry und Brancepeth.

3. Eine Linie von der C. N. A. nahe Warfield in südlicher Richtung nach den Klubsfeldern nahe Roche River, ungefähr 25 Meilen.

4. Eine Linie von nahe Warfield in südwestlicher Richtung nach einem Punkt nahe Range 17, westlich vom 2. Meridian, eine Distanz von 135 Meilen.

5. Eine Linie von einem Punkt an der Hauptlinie der C. N. A. von Dalmien in nördlicher und nordöstlicher Richtung, ungefähr 40 Meilen lang.

6. Eine Linie von Nord Battleford an der C. N. A. Hauptlinie in nordwestlicher Richtung.

Die Vorlage bestimmt, daß im Verlauf dieses Jahres die C. N. A. mindestens 125 Meilen neuer Zweiglinien in Saskatchewan bauen muß und die Grand Trunk Zweiglinien-Gesellschaft mindestens 50 Meilen.

Wie schon gesagt, müssen die ganzen 600 Meilen innerhalb von drei Jahren gebaut werden und wird der Provinz zum Betrage von ungefähr 8 Millionen Dollars in Anspruch genommen. Doch zeigt das Beispiel Manitoba, daß die Kreditfähigkeit der Provinz nicht darunter leiden wird.

Herr Calder führte nebenbei aus, daß diese 600 Meilen Zweigbahnen ganz unabhängig seien von den Linien, die Dominion-Unterfertigung bekommen. Die Dominion-Regierung garantierte nämlich letztes Jahr die Schuldscheine für 607 Meilen Eisenbahn. Da auch die C. N. A. zugunsten durch die zunehmende Konkurrenz, eine ganze Reihe Zweigbahnen bauen und ausbauen muß, so berechnete der Minister die Zunahme der Bahnlängen in Saskatchewan bis Ende 1911 auf 1700 bis 1800 Meilen.

Auf Anfrage Hamiltons erklärte, Hon. Calder, der auch Schatzminister der Provinz ist, daß die Schuldscheine der Provinz Saskatchewan im Betrage von 2 Millionen Dollars in London zu 97 1/2 Prozent verkauft worden seien.

Dienstag den 19. Januar.

Die Sitzung wurde hauptsächlich mit Komitee-Beratungen über die Eisenbahn-Politik der Regierung ausgefüllt und nahmen sozusagen alle Abgeordneten aktiv an den Debatten teil.

Die Sitzung wurde hauptsächlich mit Komitee-Beratungen über die Eisenbahn-Politik der Regierung ausgefüllt und nahmen sozusagen alle Abgeordneten aktiv an den Debatten teil.

Zeit jeder Vertreter hatte keine besonderen Wünsche für seinen Wahlkreis. Im großen Ganzen aber übte die Debatte eine Andeuerung der Regierungsmassnahmen.

Herr McLab, Saskatoon City, der neu ernannte Municipal-Kommissar, beantragte die zweite Lesung der Vorlage zur Amendierung des Beauftragungs-Gesetzes (Local Improvement Ordinance). Er hielt bei dieser Gelegenheit seine erste Rede in der Legislatur. Er führte ungefähr aus, daß der Zweck der Amendierung der sei, die Grenzen der Local Improvement Distrikte zu erweitern. Bis jetzt umfaßte ein Distrikt 4 Townships. In Zukunft sollten sie 9 Townships umfassen, also ebenso groß sein wie die zu bildenden ländlichen Municipalitäten. Da das Municipalitätssystem nicht gleichmäßig angewendet eingehrt werden sollte, so wolle man mit dieser Vergrößerung der Local Improvement Distrikte das spätere Uebergehen zu ländlichen Municipalitäten erleichtern. Die Zahl der Councillors würde von 4 auf 6 erhöht, jedoch jedes Mitglied des Verwaltungsrates 1/2 Township vertreten würde, ebenso wie in der Rural Municipal Bill vorgesehien.

Herr Elliott von Moose Mountain (kont.), schlug vor, anstatt die Distrikte zu vergrößern, solle man sie lieber verkleinern. Man solle zu den Councillors Distrikte zurückgehen. Herr Tate, Regina County, erklärte sich mit Elliott einverstanden. Er erklärte sich ferner dafür, den Local Improvement Distrikten größere Rechte zu geben, damit das Volk nach und nach zum neuen Verwaltungssystem erzogen werde und übergeben könne.

Herr Garro, Porton (f.), hielt es nicht für weise, so dem alten Township Distrikt zurückzugehen. Die Zeit würde bald kommen, wo die Townships und Verantwortlichkeit der Distrikte vergrößert werden müßte und solle man nichts tun, um die Einführung des neuen Municipal-Systems unnötig aufzuhalten.

Herr von Wadena (f.), erklärte sich völlig hiermit einverstanden und sagte, er sei ganz überzeugt, daß die Opposition sich rückwärtliche Vor schläge mache.

Der Abg. Anglen von Redberry (f.) sagte, er sei von vornherein dafür gewesen, das neue Municipal-System angewendet einzuführen. Die Zeit würde bald kommen, wo die Townships und Verantwortlichkeit der Distrikte vergrößert werden müßte und solle man nichts tun, um die Einführung des neuen Municipal-Systems unnötig aufzuhalten.

Herr von Wadena (f.), erklärte sich völlig hiermit einverstanden und sagte, er sei ganz überzeugt, daß die Opposition sich rückwärtliche Vor schläge mache.

Der Abg. Anglen von Redberry (f.) sagte, er sei von vornherein dafür gewesen, das neue Municipal-System angewendet einzuführen. Die Zeit würde bald kommen, wo die Townships und Verantwortlichkeit der Distrikte vergrößert werden müßte und solle man nichts tun, um die Einführung des neuen Municipal-Systems unnötig aufzuhalten.

Herr von Wadena (f.), erklärte sich völlig hiermit einverstanden und sagte, er sei ganz überzeugt, daß die Opposition sich rückwärtliche Vor schläge mache.

Der Abg. Anglen von Redberry (f.) sagte, er sei von vornherein dafür gewesen, das neue Municipal-System angewendet einzuführen. Die Zeit würde bald kommen, wo die Townships und Verantwortlichkeit der Distrikte vergrößert werden müßte und solle man nichts tun, um die Einführung des neuen Municipal-Systems unnötig aufzuhalten.

Herr von Wadena (f.), erklärte sich völlig hiermit einverstanden und sagte, er sei ganz überzeugt, daß die Opposition sich rückwärtliche Vor schläge mache.

Der Abg. Anglen von Redberry (f.) sagte, er sei von vornherein dafür gewesen, das neue Municipal-System angewendet einzuführen. Die Zeit würde bald kommen, wo die Townships und Verantwortlichkeit der Distrikte vergrößert werden müßte und solle man nichts tun, um die Einführung des neuen Municipal-Systems unnötig aufzuhalten.

Herr von Wadena (f.), erklärte sich völlig hiermit einverstanden und sagte, er sei ganz überzeugt, daß die Opposition sich rückwärtliche Vor schläge mache.

Der Abg. Anglen von Redberry (f.) sagte, er sei von vornherein dafür gewesen, das neue Municipal-System angewendet einzuführen. Die Zeit würde bald kommen, wo die Townships und Verantwortlichkeit der Distrikte vergrößert werden müßte und solle man nichts tun, um die Einführung des neuen Municipal-Systems unnötig aufzuhalten.

Herr von Wadena (f.), erklärte sich völlig hiermit einverstanden und sagte, er sei ganz überzeugt, daß die Opposition sich rückwärtliche Vor schläge mache.

Der Abg. Anglen von Redberry (f.) sagte, er sei von vornherein dafür gewesen, das neue Municipal-System angewendet einzuführen. Die Zeit würde bald kommen, wo die Townships und Verantwortlichkeit der Distrikte vergrößert werden müßte und solle man nichts tun, um die Einführung des neuen Municipal-Systems unnötig aufzuhalten.

Herr von Wadena (f.), erklärte sich völlig hiermit einverstanden und sagte, er sei ganz überzeugt, daß die Opposition sich rückwärtliche Vor schläge mache.

Der Abg. Anglen von Redberry (f.) sagte, er sei von vornherein dafür gewesen, das neue Municipal-System angewendet einzuführen. Die Zeit würde bald kommen, wo die Townships und Verantwortlichkeit der Distrikte vergrößert werden müßte und solle man nichts tun, um die Einführung des neuen Municipal-Systems unnötig aufzuhalten.

Herr von Wadena (f.), erklärte sich völlig hiermit einverstanden und sagte, er sei ganz überzeugt, daß die Opposition sich rückwärtliche Vor schläge mache.

Der Abg. Anglen von Redberry (f.) sagte, er sei von vornherein dafür gewesen, das neue Municipal-System angewendet einzuführen. Die Zeit würde bald kommen, wo die Townships und Verantwortlichkeit der Distrikte vergrößert werden müßte und solle man nichts tun, um die Einführung des neuen Municipal-Systems unnötig aufzuhalten.

Calder: „Es kommt oft vor, daß die von 3 bis 5 Jahren vor dem Bau der Linien vermaßen liegen.“

Scott, Arm River (f.), wies darauf hin, daß westlich vom Lake Mountain See Farmer ihr Getreide bis zu 50 und 60 Meilen weit zur Bahn fahren müßten. Das hätten sie schon Jahre lang getan, obgleich die C. N. A. dort seit zwei Jahren Vermesser-Abteilungen an der Arbeit hätten.

Anglen: „Wenn die Farmer bis 50 und 60 Meilen weit zur Bahn fahren müssen, so ist dort Platz genug für zwei Bahnhöfen. Wir können überhaupt nicht zu viele Bahnen bekommen.“

MacNeil, Wadena (f.): „Der Vertreter von Lake Mountain behauptet, er sei davon überzeugt, daß die C. N. A. die Linie bauen wird. Kann er uns vielleicht seine Gründe dafür angeben?“

Anderson: „Ich bin davon überzeugt, weil die C. N. A. eine Gesellschaft ist, die finanziell instand ist, Bahnen ohne Regierungshilfe zu bauen.“

Scott, Arm River (f.): „Die Farmer sehen nicht dasselbe Vertrauen in die C. N. A., wie der konservative Abgeordnete von Lake Mountain.“

Premierminister Scott sagte, die Regierung habe eine Konferenz mit dem Vice-Präsidenten White von der C. N. A. gehabt und wenn die Regierung zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die Gesellschaft die betreffende Linie bald in Angriff nehmen würde, so würde dieselbe in der Bill beschlossen. Vielleicht aber würde sich die C. N. A. nun auch veranlassen lassen, die Linie bald zu bauen.

Smith, Moose Mountain (f.), fragte an, ob die Warfield Linie nicht etwas weiter westlich begonnen werden könne als anstatt fast direkt an der Grenze Manitoba.

Calder wies darauf hin, daß das nicht möglich wäre wegen der Moose Mountains.

Witchell, Wadena (f.), meinte, diese Linie sei eine der allerwichtigsten aller projektierten Linien. Sie würde durch eine der besten Teile der Provinz laufen. Sein eigener Wahlkreis Wadena enthalte ein 4500 Quadratmeilen großes Gebiet, das nicht bedient sei und keine Eisenbahnstationen besäße. Wenn irgend ein Teil der Provinz eine Bahn nötig habe, so sei es dieser Distrikt.

Smith, Moose Mountain, sagte, er habe nichts an der Linie auszuweisen, aber er glaube, wenn die Bahn 10 oder 15 Meilen weiter westlich beginne, so würde es im allgemeinen besser sein.

Stewart, Cammington (f.), meinte, es sei nicht gut möglich, daß die Linie soviel weiter westlich beginne. Dann müßte sie direkt südlich laufen anstatt südwestlich. Wenn sie dagegen südwestlich an den Moose Mountains vorbeigehet und durch ein für Landwirtschaft vorzüglich geeignetes Gebiet.

West, Stevan (f.): Die Hauptaufgabe der Linie sei, den Bewohnern westlich von der Zoo Linie Bahnverbindung zu geben. Er hätte fordern können, daß die Bahn durch die bedeutendste Stadt des südlichen Saskatchewan, Egan, laufen solle. Er glaube aber, daß das für die weitere westlich Bohnenden nicht gerecht und billig gewesen sein würde. Diese hätten überhaupt keine Bahn und man müsse dafür sorgen, daß sie eine erhielten. Er halte darum die Lokalisierung der Linie für eine glückliche. Er erwarte auch, daß die C. N. A. sich durch den Bau dieser Linie gezwungen sehen würde, von einem Punkt der Zoo Linie aus in westlicher Richtung zu bauen. Damit würden dann Konfurrenzlinien da sein, was immer nützlichwert sei. Er möchte die Regierung um Information bitten, ob Herr White sich über den Bau der Wadena Linie nach Westen ausgelassen habe, worauf der Premierminister antwortete, daß er den Worten Herrn White's entnommen habe, daß diese Linie noch im kommenden Sommer gebaut werden würde.

West, Stevan (f.): „Und betreffend die Linie von Wadena nach dem Westen?“

Scott: „White gab mir darüber absolut nichts Zicheres.“

Vor Schluß der Sitzung brachte Hon. J. A. Calder, Schatzmeister der Provinz, die Voranschläge für das mit dem 28. Februar 1910 zu Ende gehende Fiskaljahr ein. Das voranschlagte Einkommen beläuft sich auf \$2,461,564. Darin ist ein Ueberfluß des laufenden Jahres von ungefähr \$21,000 eingeschlossen.

Die laufenden allgemeinen Ausgaben werden auf \$2,367,331 veranschlagt, jedoch ein Ueberfluß von ungefähr 600,000 Dollars am Schluß des nächsten Geschäftsjahres zu erwarten steht.

Die veranschlagten Ausgaben auf Kapital-Ausgaben belaufen sich auf \$1,494,214, die aus folgenden einzelnen Posten bestehen:

Öffentliche Gebäude \$1,000,214
Telephon-Konstruktion \$305,000
Die laufenden Ausgaben sind wie oben angegeben auf \$2,367,331 veranschlagt, das wären \$1,023,000 weniger als die laufenden Ausgaben des vergangenen Geschäftsjahres. Man will also die Ausgaben um ein ganz Bedeutendes einschränken.

Für Gesetzgebung sind 35,000 Dollars weniger angelegt, da man nur eine Session abhalten will, anstatt zwei in dem letzten Jahr.

Das Department für öffentliche Arbeiten zeigt folgende Abzüge: Konstruktion kleiner Brücken 105,000 Dollars weniger.

Reparaturen derselben \$30,000 weniger.

Wege Verbesserung u. Renovierung u. s. w. \$387,000 weniger.

Kompensationen für Begerrecht \$25,000 weniger.

Grummbauarbeiten \$35,000 weniger.

Feuer-Guards \$2000 weniger.

Verfuge, Warenhäuser u. s. w. \$20,000 weniger.

Für Gräben und Drainage sind 2000 Dollars mehr angelegt, desgleichen \$5000 für Föhren.

Der Posten „Verdientes“ ist von \$32,775 Dollars auf 107,300 Dollars herabgesetzt. Diese große Einschränkung der Ausgaben legen sich daraus zusammen, daß die Ausgaben für Aufnahmestellen und Trakt der Schlierlinie (145,000 Dollars dies Jahr) wegfallen. Auch fallen die Ausgaben für Sozialversicherung weg, da die Regierung sich entschlossen hat, dies kostspielige Geschäft aufzugeben. Letztes Jahr wurden dafür 275,000 Dollars veranschlagt.

Das Einkommen des Telephone-Departments ist auf 44,000 Dollars veranschlagt mit laufenden Ausgaben von 30,000 Dollars.

Reparaturen derselben \$30,000 weniger.

Wege Verbesserung u. Renovierung u. s. w. \$387,000 weniger.

Kompensationen für Begerrecht \$25,000 weniger.

Grummbauarbeiten \$35,000 weniger.

Feuer-Guards \$2000 weniger.

Verfuge, Warenhäuser u. s. w. \$20,000 weniger.

Für Gräben und Drainage sind 2000 Dollars mehr angelegt, desgleichen \$5000 für Föhren.

Der Posten „Verdientes“ ist von \$32,775 Dollars auf 107,300 Dollars herabgesetzt. Diese große Einschränkung der Ausgaben legen sich daraus zusammen, daß die Ausgaben für Aufnahmestellen und Trakt der Schlierlinie (145,000 Dollars dies Jahr) wegfallen. Auch fallen die Ausgaben für Sozialversicherung weg, da die Regierung sich entschlossen hat, dies kostspielige Geschäft aufzugeben. Letztes Jahr wurden dafür 275,000 Dollars veranschlagt.

Das Einkommen des Telephone-Departments ist auf 44,000 Dollars veranschlagt mit laufenden Ausgaben von 30,000 Dollars.

Reparaturen derselben \$30,000 weniger.

Wege Verbesserung u. Renovierung u. s. w. \$387,000 weniger.

Kompensationen für B